



**Niederschrift
über die 2. Sitzung der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“
am 26.10.1998 um 15.00 Uhr in Saal 220 der Stadtverwaltung
Koblenz**

Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann eröffnete die Sitzung um 15.10 Uhr. Er begrüßte in seiner Einführung die Anwesenden und verwies darauf, dass Sicherheit ein Produkt sei, an welchem alle mitarbeiten müssen, denn Kriminalität zu verhindern, sei ein ganzheitlicher Ansatz. Rückblickend auf die erste Sitzung der Initiative im März diesen Jahres stellte er fest, dass die Gesprächsrunde damals erfreulicherweise der Auffassung war, direkt mit konkreter Arbeit zu beginnen. Daher seien auch Arbeitskreise in Form von Projektgruppen eingerichtet worden, welche bereits getagt haben. Im Anschluss informierte Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann über den Ablauf der Sitzung:

- Begrüßungsworte durch Herrn Polizeipräsident Weidmann
- Darstellung der Kriminalitätslage in der Stadt Koblenz im ersten Halbjahr 1998 durch Herr Eder von der Kriminaldirektion
- Vorstellung der Projektarbeit durch Herrn Breitbarth vom Ordnungsamt
- Festlegen eines neuen Projektes

Herr Polizeipräsident Weidmann zeigte sich in seinen Begrüßungsworten erfreut, dass landesweit ein Drittel der bislang gegründeten kriminalpräventiven Gremien und Sicherheitspartnerschaften im Regierungsbezirk Koblenz und damit im Bereich des Polizeipräsidiums Koblenz angesiedelt sei. Er verwies darauf, dass zur Zeit gemeinsam mit der Rhein-Zeitung eine Reihe „Jugend und Gewalt“ tagtäglich veröffentlicht und somit in das Bewusstsein der Leser gebracht werde. Auch werde gemeinsam mit dem Löhr-Center vom 13.01. bis 23.01.1999 eine Ausstellung „Ihr Partner, die Polizei“ durchgeführt. Hiermit solle dem Bürger deutlich gemacht werden, was seitens der Polizei für seine Sicherheit getan werde.

Herr Eder von der Kriminaldirektion Koblenz schilderte im Anschluss die Kriminalitätslage im ersten Halbjahr 1998. Er wies zunächst darauf hin, dass er keine konkreten Zahlen nennen werde, da es sich hier lediglich um eine Halbjahresstatistik handle. Diese würde ein verzerrtes Bild der Kriminalitätslage darstellen, wenn man sie nur anhand der konkreten Zahlen, losgelöst von längerfristigen Statistiken betrachten würde. Herr Eder teilte mit, dass die AG City ihre Tätigkeit zwischenzeitlich beendet habe. Mit der Erfassung der abgeschlossenen Fälle der AG City sei im ersten Halbjahr 1998 begonnen worden, so dass hier ohnehin die Zahlen höher ausfallen würden, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Als ein Ergebnis für das erste Halbjahr 1998, sei die Zerschlagung der offenen Drogenszene festzuhalten, wobei ca. 60 Haftbefehle vollstreckt wurden und seitens der Gerichte Haftstrafen von fünf bis zu neun Jahren ausgesprochen wurden.

Allgemein stellte Herr Eder fest, dass die Kriminalität im Vergleich zum ersten Halbjahr 1997 im ersten Halbjahr 1998 um 10% angestiegen sei (gleichbedeutend mit ca. 600 Fällen). Delikte im Bereich des Taschendiebstahls seien stark angestiegen, Täter seien hierbei aber nur selten ortsansässig. Bei den Kfz-Aufbrüchen sei ein geringer Zuwachs zu verzeichnen. Wegen der, durch die AG City einfließenden Zahlen sei die Statistik bei der Rauschgiftkriminalität zwangsläufig auch angestiegen.

Als besorgniserregend stellte Herr Eder die Zunahme der Gewalt unter Jugendlichen dar. Ein Drittel aller Täter in Koblenz seien Jungtäter unter einundzwanzig Jahren. Insbesondere bei Gewaltdelikten wie der Körperverletzung und der schweren Körperverletzung sei eine Tendenz zu mehr Brutalität bemerkbar. Bei Jugendlichen müsse zudem von einem hohen Dunkelfeld ausgegangen werden, wobei jedoch auch eine Zunahme der Anzeigen durch Eltern feststellbar sei.

Hinsichtlich der Bewertung der Kriminalitätssteigerungsrate merkte Herr Polizeipräsident Weidmann an, dass man diese nicht eindimensional sehen dürfe, denn Abschlüsse großer Ermittlungsgruppen würden das Bild verfälschen.

Herr Breitbarth von der Geschäftsstelle der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ stellte im Folgenden die Arbeit der Projektgruppen vor.

Hinsichtlich der Projektgruppe „Beschleunigtes Verfahren“ wurde u.a. berichtet, man habe keine Ansatzpunkte für konkrete Verfahrensbeschleunigungen gesehen, zumal die Verfahrensregeln gesetzlich festgelegt seien. In Koblenz werde zudem ein Verfahrensabschluss bereits vergleichsweise schnell herbeigeführt. Schwierigkeiten seien allenfalls in der noch unzureichenden (aber zunehmenden) Akzeptanz des Beschleunigten Verfahrens bei einzelnen Verfahrensbeteiligten zu suchen. Daher habe die Gruppe beschlossen, die Projektarbeit einzustellen, um Platz für ein Projekt zu schaffen, in welchem tatsächlich etwas bewegt werden könne.

Das Ergebnis bezüglich einer Beschleunigung von Verfahren wurde im Plenum als unbefriedigend angesehen. Es wurde die Ansicht geäußert, eine Stadt, die durch schnelle Aburteilungen bekannt sei, setze gegenüber potentiellen Straftätern ein deutliches Zeichen. Letztlich musste aber akzeptiert werden, dass ein Einwirken von außen auf schnellere Verfahren nur schwerlich möglich ist. Nicht zuletzt liege es an mangelnden Richterstellen bzw. einer unglücklichen Organisation, dass oftmals nicht so schnell gehandelt werden kann, wie dies gewünscht wäre. Auch habe das Bestehen großräumiger Zuständigkeitsbereiche negative Auswirkungen auf die Verfahrensdauer. Deshalb werde, als Gegenbeispiel, das Beschleunigte Verfahren hauptsächlich in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sehr häufig angewendet. Insoweit wurde geäußert, man solle einen Apell an die Politik richten, den Weg für schnellere Verfahren zu ebnen. Daher sagte Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann zu, in dieser Frage mit den maßgeblichen Stellen das Gespräch zu suchen.

Zum Projekt „Angsträume“ berichtete Herr Breitbarth, Ziel der Projektgruppe sei es, sich konkrete Aufgaben zu setzen, statt zunächst durch eine aufwandsreiche Bürgerbefragung zu sehr in der Theorie verhaften zu bleiben. Bürgerresonanz solle über begleitende Pressearbeit erreicht werden. Es wurde weiter ausgeführt, die

Projektgruppe halte es für sehr wichtig, von den jeweils von ihr angesprochenen Stellen auch kooperativ behandelt zu werden. Anderenfalls könne man über das Erstellen von Thesenpapieren nicht hinauskommen. Als erstes Arbeitsfeld habe sich die Projektgruppe, den in der Neugestaltung befindlichen Bahnhofsvorplatz vorgenommen. Man werde hier zunächst versuchen, die Umbaupläne auf mögliche Angsträume hin zu analysieren.

Seitens des Plenums wurde hierzu angeregt, in die Projektgruppe noch einen Vertreter des Jugendrates der Stadt Koblenz, sowie, wenn es um den Bahnhofsbereich gehe, einen Vertreter der Deutschen Bahn AG, aufzunehmen. Ansonsten wurde es begrüßt, dass man sich konkreten Zielen verschrieben habe und nicht versuche nur generelle Regeln zu schaffen.

Herr Breitbarth führte zum Projekt „Saubere/sichere Innenstadt“ aus, die diesbezüglich gebildete Projektgruppe habe sich zunächst mit der Problematik der Graffitis und Farbschmierereien beschäftigt. Als eine Lösung sei hier das Bereitstellen von Wandflächen für Graffitis gesehen worden. Mit einer solchen Vorgehensweise könne man allerdings nur die Zahl der eigentlichen Graffitis, nicht aber das Aufkommen an Wortparolen minimieren. Einig sei man sich aber auch gewesen, dass in der Stadt Koblenz ein vergleichsweise geringes Graffitiproblem existiere. Es wurde berichtet, man sei dabei, eine Bestandsaufnahme im Kreise Koblenzer Behörden vorzunehmen, die über deren Probleme mit Graffitis Auskunft geben solle.

Weiterhin berichtete Herr Breitbarth, die Projektgruppe habe auch die Sicherheit in der Fußgängerzone, den Vandalismus, sowie den zum Teil die Stadt verunzierenden Unrat, als Problemfelder ausgemacht. Daher werde sich die Gruppe in zwei Untergruppen teilen und sich einerseits mit dem Thema „Graffiti/Unrat“ und andererseits mit dem Thema „sichere Fußgängerzone/Vandalismus“ beschäftigen.

Seitens des Plenums wurde zu diesen Ausführungen angemerkt, die Polizei müsse ein größeres Augenmerk auf Graffitis und wildes Plakatieren, was ebenso als problematisch angesehen wurde, legen. Auch wurde angeregt, die Stadt solle eine Kautionspflicht von Veranstaltern verlangen, und diese bei wilder Plakatierung einbehalten. Es wurde zudem darauf verwiesen, dass manche Städte, wie z.B. Braunschweig, sich selbst in die Pflicht nehmen würden, Graffitis im öffentlichen Bereich innerhalb von vierundzwanzig Stunden zu beseitigen.

Seitens der Polizei wurde angemerkt, die Verfolgung von wildem Plakatieren stehe nicht im Mittelpunkt des Ermittlungsgeschehens, werde aber im Rahmen des Möglichen mitverfolgt. Letztlich handele es sich aber beim wilden Plakatieren, wie auch bei Farbschmierereien um Antragsdelikte.

Weiterhin wurde im Plenum geäußert, die Stadt müsse Flächen zum Plakatieren zur Verfügung stellen, da kleinere Veranstalter es sich nicht leisten könnten, über die Süpla/AWK Werbeflächen anzumieten und würden damit beinahe zum wilden Plakatieren gezwungen. Hinsichtlich des wilden Plakatierens und der Farbschmierereien wurde eine Faltblattaktion der Stadt Köln als vorbildlich angesehen. Ebenso wie man eine Steuerung über entsprechende Öffentlichkeitsarbeit als erforderlich ansah, wurde eine Kontaktaufnahme mit den Schulen, wo ebenfalls für die Graffitiprobleme Lösungsansätze erarbeitet worden seien, als sinnvoll erachtet.

Herr Breitbarth informierte nun über den Stand der, für den Stadtbereich Koblenz geplanten Gefahrenabwehrverordnung. Diese sei notwendig, da die bislang existierende Polizeiverordnung nicht mehr zeitgemäß sei und im Jahre 2000 ihre Rechtskraft verliere. Einige Neuerungen gegenüber der Polizeiverordnung wurden angeführt. Nach Erstellung eines Entwurfes, der dem der Musterverordnung des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz weitestgehend entspreche und nach bereits erfolgter Abstimmung mit der Bezirksregierung werde man nun den Entwurf zur Entscheidung in die politischen Gremien geben. Bei einem halbwegs planmäßigen Verlauf wäre spätestens Mitte 1999 mit dem Inkrafttreten der Gefahrenabwehrverordnung zu rechnen.

Diskussionen im Plenum zu einzelnen inhaltlichen Punkten der Gefahrenabwehrverordnung wurden in die politischen Gremien verwiesen.

Abschließend berichtete Herr Breitbarth über das Projekt „Gemeinsame Streife von Polizei und Ordnungsamt“. Er führte aus, dass entsprechende Gespräche zwischen Polizeidirektion und Ordnungsamt bereits stattgefunden hätten und beiderseits die Bereitschaft zur Einrichtung einer Doppelstreife bestehe. Im Zuge der gemeinsamen Streife sei zudem beabsichtigt, den kompletten Außendienst des Ordnungsamtes in grün zu uniformieren. Das ergebe etwa fünfunddreißig zusätzliche grüne Uniformen im Stadtbild. Dies wiederum sei ein wichtiger Aspekt, um Präsenz zu zeigen und damit das subjektive Sicherheitsempfinden von Bürgern und Besuchern zu stärken. Die uniformierten Kräfte seien letztlich auch Ansprechpartner für Bürger und Besucher der Stadt. Hinsichtlich der personellen und organisatorischen Notwendigkeiten und damit eines zusätzlichen Finanzbedarfes, sprach Herr Breitbarth ein vom Ordnungsamt erstelltes Konzept „Sicherheit in unserer Stadt“ an. Dieses werde den politischen Gremien in Kürze zur Entscheidung vorgelegt. Man hoffe, dass von dort aus der Forderung nach mehr innerer Sicherheit Rechnung getragen werde.

Hierzu und auch zu weiteren Punkten gab es im Plenum keine weiteren Fragen oder Äußerungen. Man kam daher letztlich zur Bestimmung eines neuen Projektes. Hier wurde, auf Hinweis von Herrn Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann, einhellig das Thema „Gewalt an Schulen“, welches bereits in der Sitzung am 27.03.1998 vorgeschlagen wurde, zu einem neuen Projekt der Initiative erklärt.

Angesprochen wurden in diesem Zusammenhang noch kurz die Problematik der Einflussnahme des Fernsehens auf Kinder und Jugendliche, sowie die Bitte, sich evtl. auch einmal des Themas „Gewalt in den Familien“ anzunehmen. Erwähnt wurde zudem, was auf nahezu alle besprochenen Themen Anwendung fand, dass die meisten Missstände Produkte der Erziehung seien und damit ein gesamtgesellschaftliches Problem bilden würden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann dankte den Gesprächsteilnehmern für ihr Kommen und kündigte die nächste Sitzung der Initiative für das Frühjahr 1999 an.

Die Sitzung wurde um 17.40 Uhr geschlossen.

Koblenz, 28.10.1998

Protokollführer:

gez. Breitbarth

Vorsitzender:

gez. Dr. E. Schulte-Wissermann

Anlage zum Protokoll: Teilnehmerliste

Herausgegeben von der

Geschäftsstelle Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“

Herrn Breitbarth

Stadtverwaltung Koblenz

Ordnungsamt

Ludwig-Erhard-Straße 2

56073 Koblenz